



Diese Räumung ist keine Niederlage

Gesetze gelten für alle.
Ausnahmen gibt es weder
für Politiker, mächtige
Wirtschaftstreibende noch
Klimaschützer.

LEITARTIKEL
Alfred Pfeiffenberger

Es kam, wie es kommen musste. Die Stadt Wien hat das Protestcamp gegen den Bau einer Straße, die sie für die Aufschließung der Seestadt Aspern und für den Bau Tausender neuer Wohnungen für notwendig hält, von der Polizei räumen lassen. Die Besetzerinnen und Besetzer hatten sich vorher wochenlang geweigert, freiwillig abzuziehen. Eine Vorgangsweise, die – kaum wurde sie bekannt – für etliche Aufregung und Kritik gesorgt hat, angefangen bei der Umweltschutzorganisation Global 2000 bis zur Katholischen Aktion.

Aber die Sachlage ist etwas vielschichtiger, als dass man sie nur auf eine Auseinandersetzung zwischen umweltbewussten und damit guten Jugendlichen und der autogeilen und damit bösen Stadt reduzieren könnte. Denn bei dieser Auseinandersetzung wird gern einmal übersehen, dass die Straße politisch beschlossen und, was noch wichtiger ist, behördlich bewilligt ist, durch alle Instanzen bis zum Höchstgericht. Diese Entscheidung gehört in einem demokratischen Rechtsstaat, wie es Österreich einer ist, respektiert – oder, wie es oft so schön formuliert wird: Niemand darf außerhalb des Rechts stehen. Kein Politiker, kein noch so mächtiger Wirtschaftstreibender und auch keine Klimaschützer.

Wenn sich jeder seine Version des Rechts bastelte,

würde sich ein halbwegs zivilisiertes Zusammenleben erübrigen. Wobei Gesetze natürlich nicht in Stein gemeißelt sind. Um sie zu ändern, ist es halt notwendig, dafür eine politische Mehrheit zu organisieren.

Eine Blockade plus Räumung durch die Polizei ist ein Ereignis, das sicher dazu beiträgt, das gewünschte politische Ziel der Besetzer zu erreichen. Schließlich wird dadurch wieder verstärkt über den Sinn von Straßenbauten bzw. die Reduzierung der Abgase aus dem Autoverkehr diskutiert und auch über die Notwendigkeit, die Klimaveränderung so rasch wie möglich zu stoppen.

Gerade Klimaschützer sollten bei solchen Diskussionen und Auseinandersetzungen die Wichtigkeit des Rechtsstaats für ihre Belange nicht übersehen. Auch sie werden ihn dringend benötigen, wenn sie ihre Ziele umsetzen wollen. Gerade für einen wirksamen Klimaschutz werden jede Menge neue Gesetze notwendig sein. Gesetze, die das gewohnte Leben ziemlich verändern werden. Und dann werden auch sie erwarten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger daran halten und, wenn es notwendig ist, dass die Regeln von den Behörden durchgesetzt werden.

ALFRED.PFEIFFENBERGER@SN.AT